

## Vorfahrt für Kinderrechte!

Kinder haben Rechte, daran zweifelt heute niemand mehr. Aber bei Entscheidungen in Politik, Verwaltung und Rechtsprechung werden die Rechte der Kinder und Jugendlichen längst nicht ausreichend berücksichtigt. Ihre Interessen spielen in Deutschland lediglich eine Nebenrolle.

Das Aktionsbündnis Kinderrechte fordert, dass Bund, Länder und Kommunen Kinder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung, auf Förderung und Schutz, eine gewaltfreie und sie schützende Erziehung, auf Bildung und Ausbildung, auf eine Erziehung zu demokratischen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie auf ihre angemessene Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben.

Wir brauchen in Deutschland einen tief greifenden Wandel im Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern, um diesen Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überwinden. An die Stelle der Einordnung von Kindern lediglich als Bestandteil von Familien und Objekt elterlicher Entscheidungen muss eine gleichberechtigte Beziehung treten, in der die Würde und die eigenen Rechte des Kindes einen selbstverständlichen Platz einnehmen. **Aus Sicht des Aktionsbündnisses Kinderrechte muss dabei das Wohl des Kindes an erster Stelle stehen. Wir brauchen in Deutschland "Vorfahrt für Kinderrechte!"**

Dazu weist Artikel 3 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention den richtigen Weg: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Eine ähnliche Formulierung findet sich in Artikel 24 Absatz 2 der EU-Grundrechte-Charta: „Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein.“

Eine Gesellschaft, die sich selbst gerne als kinderfreundliche Gesellschaft bezeichnet, muss den Kinderrechten mehr als bisher Geltung verschaffen. Wenn Kinder tatsächlich die Zukunft unseres Landes sind, muss es uns ernst sein mit dem Prinzip der Vorrangstellung des Kindeswohls, sonst setzen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes aufs Spiel.

20 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention und 17 Jahre nach dem Inkrafttreten in Deutschland spielen die Interessen der Kinder und Jugendlichen in unserem Land noch immer eine Nebenrolle, von ihrer aktiven Beteiligung an den politischen Prozessen und Verwaltungsentscheidungen ganz zu schweigen. Alle Staaten der Welt – mit Ausnahme der USA und Somalias – sind mit der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention in Artikel 4 unter anderem die Verpflichtung eingegangen, „alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte“ zu treffen. Dazu gehört auch die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung.



# Aktionsbündnis Kinderrechte

UNICEF  
Höniger Weg 104  
50969 Köln  
Tel. 0221/936 50 0  
Fax 0221/936 50 279  
www.unicef.de  
info@unicef.de

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.  
Leipziger Straße 116-118  
10117 Berlin  
Tel. 030/30 86 93 0  
Fax 030/27 95 63 4  
www.dkhw.de  
dkhw@dkhw.de

Deutscher Kinderschutzbund  
Bundesverband e.V.  
Hinüberstraße 8  
30175 Hannover  
Tel. 0511/304 85 0  
Fax 0511/304 85 49  
www.dksb.de  
info@dksb.de

# Forderungen des Aktionsbündnisses Kinderrechte

Das Aktionsbündnis Kinderrechte schlägt folgende Kernelemente für eine Verfassungsänderung vor:

- Der Vorrang des Kindeswohls bei allen Kinder betreffenden Entscheidungen
- Das Recht des Kindes auf Anerkennung als eigenständige Persönlichkeit
- Das Recht des Kindes auf Entwicklung und Entfaltung
- Das Recht des Kindes auf Schutz, Förderung und einen angemessenen Lebensstandard
- Das Recht des Kindes auf Beteiligung, insbesondere die Berücksichtigung seiner Meinung entsprechend Alter und Reifegrad
- Die Verpflichtung des Staates, für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge zu tragen

Die Debatten sowohl um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft angesichts sinkender Kinderzahlen als auch um die wachsende Kinderarmut und die Verbesserung von Kinderbetreuung und Bildungsangeboten haben dazu geführt, dass die Kinderrechte heute stärker als je zuvor ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt sind. Die Bundestagswahl 2009 gibt allen Parteien die Gelegenheit, ihre Positionen in dieser Frage zu überprüfen und im Sinne der Kinder und Jugendlichen in Deutschland neu festzulegen.

Das Aktionsbündnis Kinderrechte fordert zum Weltkindertag 2009 einen umfassenden Perspektiv- und Politikwechsel in Deutschland – zum Wohl der Kinder:

- **Kinderrechte ins Grundgesetz:** Das Aktionsbündnis Kinderrechte fordert Bundestag und Bundesrat dazu auf, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Dies wäre ein klares Signal an Staat und Gesellschaft, das Wohl der Kinder als seine Kernaufgabe anzusehen.
- **Kinderarmut ernst nehmen und bekämpfen:** Bund, Länder und Kommunen müssen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung eine nationale Strategie gegen Kinderarmut entwickeln und umsetzen. Auch Vertreter der Wirtschaft und der Verbände sollten an einen Tisch geholt werden, damit der Trend zu mehr Kinderarmut endlich umgekehrt wird.
- **Mehr Chancengleichheit und bessere Bildung:** Bund, Länder und Kommunen müssen die Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien in der Schule und bei der Ausbildung abbauen und insbesondere die Förderangebote für Kinder aus Migrantenfamilien verbessern.
- **Flüchtlingskinder gleich behandeln:** Bund, Länder und Kommunen müssen gewährleisten, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status, die gleichen Chancen auf Bildung und medizinische Hilfe haben. Kinder und Jugendliche im Asylverfahren brauchen ihrem Alter gemäß besonderen Schutz und Unterstützung.
- **Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder:** Bund, Länder und Kommunen müssen auf unterschiedlichen Ebenen altersgemäße Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen schaffen. Dies hilft, die Interessen der Kinder zu wahren und dient darüber hinaus der demokratischen Bildung.
- **Kinder und Jugendliche in die Mitte der Gesellschaft rücken:** Staat und Zivilgesellschaft sind aufgerufen, der zunehmenden Verdrängung von Kindern aus Alltagsräumen entgegen zu wirken. Kinder und Jugendliche brauchen für ihr gesundes Aufwachsen Freiräume für Sport, Spiel und Kultur sowie Toleranz für ihre Bedürfnisse.

Die Kinderrechte sind kein Versprechen, sondern eine völkerrechtlich bindende Verpflichtung. Das Wohl der Kinder muss Vorrang haben – im Bundestag, im Gerichtssaal, im Gemeinderat. Nur ein tief greifender Wandel im Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern kann den eklatanten Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufheben, mit dem heute immer mehr Kinder in Deutschland leben müssen. Politik muss mit Kindern und für Kinder gestaltet werden – nicht über die Köpfe der Kinder hinweg. Wir brauchen in Deutschland endlich „Vorfahrt für Kinderrechte!“

1994 haben sich UNICEF, der Deutsche Kinderschutzbund und das Deutsche Kinderhilfswerk zum Aktionsbündnis Kinderrechte zusammengeschlossen. Gemeinsam treten die Beteiligten für die Verwirklichung der in der UN-Konvention festgeschriebenen Rechte der Kinder ein, um die Position der Kinder zu stärken und ein klares Signal an Staat und Gesellschaft zu senden, das Wohlergehen der Kinder als Kernaufgabe wahrzunehmen.